

Die CVP kürt ihre drei Regierungskandidaten

Nun steht die Liste der bürgerlichen Allianz für die Staatsratswahlen im Herbst definitiv fest: Nach FDP und SVP hat gestern Abend die CVP die bereits bekannten Kandidaten nominiert: Georges Godel, Jean-Pierre Siggen, Olivier Curty.

MIREILLE ROTZETTER

NEYRUZ Nun ist es definitiv: Olivier Curty wird den frei werdenden Sitz von CVP-Ständerat Beat Vonlanthen im Freiburger Staatsrat verteidigen. Die Kantonalpartei hat den 44-jährigen Murtner gestern Abend mit begeistertem Applaus zum Kandidaten bestimmt – wie dies bereits die Sektionen des Seebezirks und des Sensebezirks getan hatten.

Olivier Curty, der als Vertreter von ganz Deutschfreiburg gilt, betonte vor den 177 Delegierten in Neyruz, wie wichtig die Politik der CVP sei. «Wir suchen das Gleichgewicht und den Konsens, gerade jetzt ist das besonders wichtig», sagte Curty, der seit acht Jahren Freiburger Vizekanzler ist.

Die Delegierten bestätigten ebenfalls mit Applaus die Kandidatur der beiden bisherigen CVP-Staatsräte Jean-Pierre Siggen und Georges Godel. Der 54-jährige Erziehungsdirektor Siggen trat vor zwei Jahren die Nachfolge von Isabelle Chassot an. Als Zwischenbilanz zählte er die «zwölf Arbeiten des Herkules» auf, darunter etwa das neue Schulgesetz, den Master in Humanmedizin oder ein neues Schwimmbad. Er sei zwar nicht Herkules, aber dennoch in all diese Aufgaben involviert, sagte er.



Georges Godel.

Bild ca/a



Jean-Pierre Siggen.

Bild ce/a



Olivier Curty.

Bild ca/a

«Wir verkaufen unsere Seelen aus rein wahltaktischen Gründen.» Parteipräsident André Schoenenweid versicherte jedoch, dass im Wahlprogramm die christlichen Werte der CVP enthalten seien. Er betonte, dass das Bündnis nach dem Jahr 2016 offiziell ende und eine allfällige weitere Allianz neu zu diskutieren sei. Jacques Boschung, Wahlkampfleiter des Bündnisses, fügte an, dass der SVP-Kandidat Peiry durchaus die Werte der CVP teile.

Der 64-jährige Finanzdirektor Godel will seine dritte Amtsperiode in Angriff nehmen. «Vorwärts Freiburg», so lautet sein Motto. Dafür wolle er investieren, auf die Jugend setzen und attraktive Bedingungen für die

Schaffung von Arbeitsplätzen garantieren, sagte Godel

Kritik an Bündnis

Die Liste der bürgerlichen Allianz für die Staatsratswahlen ist damit komplett: Die FDP hat

bereits Staatsrat Maurice Ropraz und Grossrat Peter Wüthrich nominiert, die SVP den Grossrat Stéphane Peiry.

Ein CVP-Delegierter kritisierte gestern Abend die Zusammenarbeit mit der SVP:

Kosten der Demokratie

André Schoenenweid präsentierte den Delegierten gestern die Rechnung 2015: Die Partei verzeichnet ein Defizit von knapp 37000 Franken. Er machte auf die Kosten für die Wahlkampagnen aufmerksam. «Es sind die Kosten der Demokratie», sagte er. Zurzeit würden die Parteien den grössten Teil davon übernehmen und zusätzlich viel Freiwilligenarbeit leisten. «Ich bin der Meinung, dass der Staat die Parteien stärker unterstützen müsste, denn unser Engagement hat Grenzen», sagte Schoenenweid. Das Budget für die Staatsratswahlen in diesem Jahr präsentierte er nicht, dieses werde gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien erstellt. Ab 2017 werde die CVP dann bereits wieder für künftige Wahlen sparen müssen, hielt Schoenenweid fest.

Parolen: Nein zur Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes

Die CVP Freiburg hat gestern Abend die Parolen gefasst für die Abstimmungen vom 5. Juni. Die Kantonalpartei sagt klar Nein zur Service-Public-Initiative, zur Milchkuh-Initiative und zur Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Hingegen befürwortet sie deutlich die Asylgesetzrevision. In diesen vier Vorlagen

folgt sie den Parolen der Mutterpartei. Anderer Meinung als die CVP Schweiz ist die Freiburger Sektion hingegen bei der Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes; die Delegierten der Mutterpartei hatten diese mit 191 zu 132 Stimmen bei 23 Enthaltungen angenommen. Die Argumente von Nationalrätin Christine Bulliard vermochten die Frei-

burger Christdemokraten zu überzeugen: Ihrer Meinung nach ist die Gesetzesänderung ein erster Schritt zu einer «Fortpflanzungsmedizin ohne Grenzen». Sie befürchtet zudem, dass durch eine Annahme behinderte Menschen diskriminiert würden. Die Delegierten fassten die Nein-Parole mit 109 zu 58 Stimmen bei 9 Enthaltungen. *mir*